

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012

Zu Beginn meiner Haushaltserläuterungen, darf ich für meine Fraktion festhalten, dass die Einnahmensituation der Stadt wesentlich dadurch verbessert wurde, dass auf Grund der guten Konjunkturlage höhere Steuereinnahmen für 2011 zu verzeichnen sind, so dass sogar die geplante Kreditaufnahme von 2,9 Mill auf 0,6 Mill zurückgefahren werden kann. Eine Tatsache, auf welche die CDU schon bei den letztjährigen Haushaltsberatungen hingewiesen hatte und sich daher bei den Steuererhöhungen für eine moderatere Anpassung ausgesprochen hatte. Heute muss man sich fragen, ob diese Maßnahmen überhaupt notwendig waren.

Wir können aber festhalten: Die Einnahmenseite wurde durch den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebe wesentlich verbessert.

Die positive Zuführungsrate mit 1,835 Mill € vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt resultiert wesentlich daraus, dass der Gemeinderat in der Verwaltungsausschusssitzung Einsparungen im Verwaltungshaushalt reklamierte. Dadurch sieht die heutige Vorlage eine Neuverschuldung auf ca. 1,2 Mill.€ vor. Dies aber auch nur, weil bei den Investitionen in 2012 nur das unbedingt erforderliche im Haushalt enthalten ist.

Auch wenn der OB in seinen einleitenden Worten darauf hingewiesen hat, dass er gegenüber dem Haushaltsbeschluss von weiteren Einnahmeverbesserungen in Höhe von 1,2 Mio € ausgeht, die noch nicht eingearbeitet sind, muss man feststellen, dass wieder nur gestiegene Einnahmen eine Schuldenaufnahme verhindern, von der Verwaltung aber kein Beitrag zur Minderung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt freiwillig geleistet wurde.

Meine Damen und Herren, das ist wie bei der Vermeidung eines Infarktes: Die Verwaltung versucht die Blutbahnen durch Einkommensverbesserung im Verwaltungshaushalt und Streckung der notwendigen Investitionen im Vermögenshaushalt zu erweitern, die CDU-Fraktion will durch Einsparungen im Verwaltungshaushalt eine Verdünnung des Blutes. Nur wenn beides erfolgreich ist, kann ein Infarkt zukünftig und auf Dauer vermieden werden.

Deshalb widme ich mich heute schwerpunktmäßig dem Verwaltungshaushalt, der Vermögenshaushalt lässt keinen Spielraum mehr zu.

Es blieb auch uns nicht verborgen, dass sich im Verwaltungshaushalt Heiz- und Stromkosten deutlich erhöht haben und dadurch die Bewirtschaftungskosten um 8,5% gestiegen sind. Auch die Kinderbetreuung schlägt mit höheren Kosten zu Buche, eine nicht zu vernachlässigende Größe. Es ist aber auch festzustellen, dass in der Verwaltung in den von uns beeinflussbaren Posten nicht gespart, sondern die Ausgaben auf hohem Niveau noch gesteigert wurden. Dies ist an vielen Einzelbeispielen zu belegen. Die Verantwortung liegt beim Amtsleiter für seinen Bereich. Er sollte mit den Steuergeldern genauso umgegangen werden

wie man im privaten Bereich handeln würde. Ein etwas sparsamerer Umgang ist hier angebracht.

Denn die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass im Verwaltungshaushalt noch sorgsamer mit den Steuergeldern umgegangen, noch mehr gespart werden kann. Dies bedeutet, dass vor allem die von der Stadt beeinflussbaren Posten zukünftig einer strengeren Überprüfung auf Einsparungen unterzogen werden müssen. Nicht die von jedem Amt eingereichten Wünsche dürfen in den Haushalt einfließen, sie müssen auf ihre Notwendigkeit überprüft oder ausreichend begründet werden.

Dies gilt im einzelnen für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, für die Beschaffungen von Ausstattung und Einrichtung, ebenso für die Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Daher hat meine Fraktion in den Beratungen vorgeschlagen, pauschal 10% dieser Ausgaben zu kürzen. Da diese sich insgesamt etwa 5,2 Mill € belaufen. Bei einer Einsparung von pauschal 10% bedeutete dies eine Erhöhung der Zuführung um 520000 €. Diese für 2012 nun getätigte Einsparung kann aber nur der erste Schritt zu einer Konsolidierung des Verwaltungshaushaltes sein, er stellt uns noch nicht zufrieden. Denn dies war ein Vorschlag, der aus einem zeitlichen Druck entstanden ist, weitere Schritte müssen folgen. Unserer Meinung nach ist bei kritischer Überprüfung auch 2012 durchaus noch weiteres Einsparpotential im sechsstelligen Bereich vorhanden.

(Würde man beispielsweise das Rechnungsergebnis von 2010 zugrunde legen, wäre über Einzelposten zusätzlich zu den 10%, die im VA als pauschale Kürzung vereinbart wurden, eine weitere Verbesserung der Zuführungsrate von ca. 120.000 € möglich)

Es muss außerdem demnächst eine Diskussion über die freiwilligen Leistungen einer Stadt stattfinden. Es belaufen sich die freiwilligen Leistungen heute schon auf über 650.000€ für Soziales, Kultur und Sport, ohne dabei Stadtbücherei, Jugendhäuser, Kulturzentrum, Musikschule, VHS, Stadtmarketing, Weihnachtsmarkt und Schwimmbad einzurechnen, welche in anderen Städten auf dem Prüfstand stehen. Wir wollen nicht in eine solche Situation kommen, wir wollen dem einen Riegel vorschieben.

Es kann daher nicht sein, dass die Stadt immer neue freiwillige Leistungen übernimmt, obwohl andere hierfür zuständig sind, die bisher ehrenamtlich oder durch Sponsoren abgedeckt wurden. Es dürfen keine Maßnahmen für freiwillige Leistungen im Vorfeld von Haushaltsberatungen beschlossen werden, die den jeweils folgenden Haushalt belasten und somit die Zuführung schmälern.

(Susi: Bei den freiwilligen Leistungen sind Gelder in Höhe von 20.000€ im Haushalt für schulunterstützende Maßnahmen eingestellt. Ursprünglich genehmigt hatte der GR 5.000 €. Das Programm läuft bereits, wird von den Kollegen der SPD bejubelt (sie hatten dies beantragt und ursprünglich 50.000€ gefordert), ohne dass der Haushalt beschlossen ist. Denn jede Minderung der Zuführung zum Vermögenshaushalt fehlt für dringende Investitionen oder erhöht die Schuldenaufnahme.

Diese Verfahrensweise, nicht der Antrag selbst, über den wir durchaus bereit sind zu diskutieren, ist nicht richtig. Es kann eine Maßnahme erst dann anlaufen, wenn die Finanzierung beschlossen ist.

Das Barockorchester La Folia verlegt seinen Sitz nach Schwetzingen, darüber wurde der GR informiert, stellt eine Bereicherung der Kulturszene in unserer Stadt dar. So weit, so gut. Warum geht La Folia von Mannheim nach Schwetzingen? Vielleicht auch deshalb, weil dem Orchester Probenmöglichkeiten und 6.000€ Zuschuss zur Verfügung gestellt werden. Auch das ist heute im Rahmen des Haushaltes zu beschließen. Diese Verfahrensweisen allein können für die stärkste Fraktion noch keinen Grund für eine Ablehnung des Haushaltes bei einem Gesamtvolumen von 53,8 Mill.€ darstellen, wir wollen aber auch deutlich machen, dass solche Verfahrensweisen zukünftig mit uns nicht mehr zu machen sind.)

Dies waren nur zwei Beispiele, die unsere freiwilligen Leistungen im Haushalt 2012 um über 20.000€ erhöhen.

Auch die Personalausgaben bzw.-situation muss auf den Prüfstand. Die CDU hatte hierzu einen Antrag bei den letzten Haushaltsberatungen eingebracht, ein Ergebnis liegt uns noch nicht vor. Festzuhalten ist:

In der Kernverwaltung hat sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl der Mitarbeiter von 199 auf 254 Beschäftigte erhöht. Dies sind 27,6% oder 2,76% pro Jahr, wobei der größte Zuwachs in den letzten Jahren stattgefunden hat. Dieser Tradition bleibt sich die Verwaltung treu, indem auch für das Jahr 2012 eine Personalvermehrung von 2,66 Stellen eingeplant ist.

Selbstverständlich ist dies immer damit zu begründen, dass in einzelnen Bereichen die Aufgaben gewachsen sind, auch durch die Einrichtung von neuen Institutionen.

(Beispiel: Der Gemeinderat hat einstimmig für die Einrichtung des Generationenbüros gestimmt. Aber es war niemandem so klar, dass wir damit auch über einen Zuschussbetrieb in Höhe von 200.000€ abstimmen, Tendenz nach oben. Jetzt ist dieses Büro eingerichtet, jedes Jahr werden neue Projekte angeregt, man muss ja die Berechtigung nachweisen und die Kosten finden sich im Haushalt der Stadt wieder. Es muss zukünftig mit der Einrichtung neuer Initiativen bei Diskussion und Genehmigung auch eine Aufstellung der Folgekosten erfolgen.)

Es gibt aber auch Bereiche, da ist nicht jedes Jahr der Arbeitsaufwand gleich groß, so dass wir der Meinung sind, dass durch geschicktes Übertragen von Aufgaben oder Umschichtungen manche Neueinstellung hätte vermieden werden können. Für die Zukunft meinen wir, sollte dies ein Instrumentarium sein, damit wir nicht jedes Jahr über zusätzliche Personalstellen entscheiden müssen.

(Vorschlag: Die CDU-Fraktion möchte die Verwaltung auffordern, Gespräche über die Zusammenlegung von Einrichtungen und Überführung in die Zweckverbände mit den Nachbargemeinden aufzunehmen (z.B. Bauhöfe, evtl. auch Stadtbus), um eine Kostenminderung für alle Seiten zu erreichen. Wir werden auf Fraktionsebene solche Gespräche im kommenden Jahr führen, um auszuloten, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit möglich ist. In den Zweckverbänden findet ja bereits eine gute Zusammenarbeit statt.)

Was ist unser Fazit aus diesen Überlegungen.

Wir müssen einen Verwaltungshaushalt hinbekommen, der eine Zuführung erwirtschaftet, die es uns ermöglicht, die jährlich anstehenden notwendigen Investitionsaufgaben im Vermögenshaushalt ohne eine weitere Neuverschuldung zu bewältigen. Die diesjährige Zuführung deckt nur 37% des Vermögenshaushaltes. Allein 24% finanziert sich durch den Verkauf städtischer Bauplätze, was nicht jedes Jahr geht. 26% müssen über Kredite finanziert werden. Auf diese Kreditaufnahme in Höhe von 1,276 Mill € kann nur deshalb verzichtet werden, weil ein Zuschuss für die Kinderbetreuung durch das Land und höhere Steuereinnahmen auf Grund der guten Konjunkturlage zu erwarten sind.

Aber eines dürfte auch klar sein. Notwendige Investitionen in Millionenhöhe werden in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen, der Vermögenshaushalt in 2012 ist auf das notwendigste beschränkt. Für Wünsche ist absolut kein Platz, hält man sich die Liste des Investitionsbedarfs bis 2014 vor Augen. Es darf nicht sein, dass wir jedes Jahr vor dem Problem einer Neuverschuldung stehen. Die Verwaltung prognostiziert einen voraussichtlichen Schuldenstand für 2015 mit 12,9 Mill. E. Schon 2012 zahlen wir einen größeren sechsstelligen Betrag an Zinsen.

Warum können wir dem Haushalt 2012 nicht zustimmen?

Die dem vorliegenden Haushalt zugrunde liegende Neuverschuldung von ca. 1,2 Mill. € wird nur dadurch vermieden, weil auf der Einnahmenseite die zugesagten Kinderbetreuungszuschüsse der Landesregierung in Höhe von 600.000 €, sowie zu erwartenden höheren Gewerbe- und Einkommensteuern noch nicht eingearbeitet sind, von dem Willen zu ernsthaften Kosteneinsparungen im Verwaltungshaushalt aber war von Seiten der Verwaltung nichts zu spüren.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Die für 2012 prognostizierten Mehreinnahmen an Steuern und Zuweisungen müssen der Konsolidierung des Haushaltes und damit zur Kompensierung der geplanten Neuverschuldung verwendet werden.

Nachträge im Nachtragshaushalt 2012 müssen begründet und gegenfinanziert sein.

Weitere durchaus mögliche Einsparungen im Haushalt 2012 müssen der Rücklage zugeführt werden.

Hierzu fordern wir die Verwaltungsspitze nachdrücklich auf.

Über diesen Antrag bitten wir vor der Abstimmung zum Haushalt abzustimmen, da diese Entscheidung das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion zum Haushalt wesentlich beeinflusst.

Nur bei Zusicherung dieser Prämissen ist es uns möglich, den Haushalt nicht abzulehnen, sondern in diesem Jahr nochmals durch Stimmenthaltung passieren zu lassen

Wir stimmen dem Oberbürgermeister in seiner Aussage zu, dass wir die Bürgerinnen und Bürger nicht mit weiteren Steuer- oder Gebührenerhöhungen belasten wollen, wie dies in den Nachbarstädten gerade diskutiert wird.

Also bleibt: Sparen im Verwaltungshaushalt, um grundsätzlich die notwendige Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erreichen. Die CDU-Fraktion hat ihren Beitrag in der Verwaltungsausschusssitzung geleistet.

Außerdem fordert die CDU-Fraktion im kommenden Jahr rechtzeitig eine Sondersitzung zum Thema Haushalt, nachdem die Jahresrechnung 2011 vorliegt und wir feststellen können, welche Positionen sich sowohl auf der Einnahmen- wie Ausgabenseite verstetigt haben. Daraus sind dann die notwendigen Schlüsse für den kommenden Haushalt zu ziehen. Nicht der Haushalt des laufenden Jahres, sondern die Jahresrechnung des vergangenen Jahres muss Maßstab für die Aufstellung sein, denn nur die Jahresrechnung liefert realistische Zahlen. Wir hätten uns dies schon für dieses Jahr gewünscht.

Nach dem ersten Absatz einfügen:

Aber Steuererhöhungen, das ist die Politik der SPD (wie auch jetzt wieder beim Land mit der Grunderwerbssteuer oder Mannheim mit der Gewerbesteuererhöhung), um sich mit Zuweisungen und sozialen Wohltaten zu brüsten, statt auch einmal über Einsparungen überhaupt nachzudenken. Bei unserer Suche nach Einsparungen im Verwaltungshaushalt von Populismus zu sprechen ist der Versuch, von der eigenen Unfähigkeit abzulenken, in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen Haushalte zu konsolidieren und Rücklagen für notwendige Investitionen in den kommenden Jahren zu bilden. Kein Wort hierzu in den Ausschusssitzungen von der SPD.